

Fokus

Entwicklungspolitik

Nr. 6, 03. Juni 2011

Selbstbestimmung statt ‚Entwicklung‘? Postkoloniale und post-development-Kritik der EZ

Autor: Dr. Fabian Scholtes
Redaktion: Inga Müller

Eine Kritik an der EZ ist, dass sie den Partnerländern fremde Modelle aufdrängt. Zwei Theorien haben wichtige Argumente für diese Kritik geliefert, werden in der EZ jedoch kaum diskutiert.

So untersucht postkoloniale Theorie, wie die Brillen, durch die wir auf die Partnerländer schauen und sie dabei als ‚Entwicklungsländer‘ konstruieren, weiterhin von kolonialen Resten geprägt sind.

Post-development-Theorie kritisiert darüber hinaus, dass die EZ mit ihrem Entwicklungsdiskurs und mit dem vagen, kaum anfechtbaren Begriff ‚Entwicklung‘ den politischen Charakter verschleiert, den sie als Intervention letztlich hat.

Inwiefern diese Kritik in der Praxis zutrifft, hängt von konkreten Fällen und Personen ab. In jedem Fall wirft die Kritik wichtige Fragen an die EZ auf. Sie ist ein Plädoyer für eine Emanzipation und Selbstbestimmung der Partnerländer in der Frage, warum es bei Entwicklung eigentlich geht.

Je nachdem, wo man ihren Beginn ansetzt, blickt Entwicklungszusammenarbeit (EZ) heute auf fünf, teilweise sechs Dekaden ihres Bestehens zurück. In vielen Augen war sie dabei – soweit sich das so allgemein sagen lässt – insgesamt durchaus erfolgreich.

EZ war aber stets auch mit Kritik konfrontiert. Ein Großteil der aktuellen Kritik konstatiert eine begrenzte Wirksamkeit der EZ oder lastet ihr Effekte wie Abhängigkeit und Korruption an. Hierfür stehen heute Autoren wie William Easterly oder Dambisa Moyo. Eine

andere Kritik setzt dagegen nicht bei der Effektivität von EZ, sondern ihrem *Ziel* an. Sie bezweifelt, dass es überhaupt plausibel oder legitim ist, in den Partnerländern das voranzutreiben, was bei uns als Entwicklung gilt.

Diese Kritik ist nicht neu, hat aber in den vergangenen Jahrzehnten mit postkolonialer Theorie und der sog. *post development*-Debatte wichtige Impulse erfahren. Diese beiden Ansätze werden jedoch bisher in der EZ kaum wahrgenommen oder diskutiert.

Das mag daran liegen, dass sie die EZ – also das, womit sich EZ-Praktiker auch identifizieren – sehr grundlegend hinterfragen; sie formulieren die gängige Vermutung aus, dass die EZ ihren Partnerländern fremde Wertvorstellungen und Konzepte zumutet. Doch selbst bzw. gerade wenn man diese Vermutung nicht teilt, sollte man die Ansätze umso mehr zur Kenntnis nehmen – so wenig zugänglich diese Literatur teilweise sein mag. Worum geht es?

Das unvermeidliche koloniale Erbe

Der Kolonialismus wirkt unvermeidlich fort. Selbst wenn wir heute – beim Einkauf im Eine-Welt-Laden oder auch mit EZ und der Hilfe zur Selbsthilfe – versuchen, diese Geschichte zu überwinden, ist dies eine späte Folge von Kolonialismus und steht unter dessen Vorzeichen.

Vereinfacht ist das die Ausgangsthese postkolonialer Theorie. Diese fragt nach den Resten, die vom Kolonialismus übrig sind und das Verhältnis von globalem Norden und Süden, von Zentrum und Peripherie bis heute mit bestimmen. Diese Reste finden sich z.B.

in der Art und Weise, wie ‚wir‘ Menschen von ‚dort‘ sehen und mit ihnen umgehen – etwa mit der Grundvermutung, ‚denen‘ helfen zu können. Postkolonial heißt gerade nicht, dass der Kolonialismus hinter uns liegt, sondern dass er sich immer noch auswirkt.

Postkoloniale Forschung wird v.a. in Kulturwissenschaften betrieben. Man sucht in Texten jeglicher Form – z.B. Texten über ein Partnerland, ein Entwicklungsproblem, in einer Zeitung, einer Länderanalyse oder auch in einem Gespräch – nach kolonialen Spuren. Texte fassen ja nicht nur einzelne Fakten oder Ansichten, sondern immer auch das dahinter stehende Denken in Worte. Sie dokumentieren, was wir über die Partnerländer grundsätzlich ‚wissen‘, durch welche Brillen wir sie sehen und klassifizieren und wie wir erklären, warum sie so und nicht anders sind – etwa warum Unternehmer dort so schlechte Chancen haben.

Solche Brillen identifiziert postkoloniale Forschung, indem sie schaut, wie man die gleichen Bilder und Texte auch anders, d.h. durch eine andere Brille lesen könnte. Wir könnten Afrika ja auch ganz anders betrachten als in der Perspektive, in der wir den Kontinent v.a. als Entwicklungsregion sehen (ganz gleich ob nun optimistisch oder pessimistisch). Die so identifizierten Brillen werden dann daraufhin untersucht, inwiefern sie nach wie vor ein koloniales Verhältnis – in dem Fall zu Afrika – enthalten.

Diese Methode nennt sich *Dekonstruktion*, mit ihr sucht man nach sog. *Diskursen*. Gemeint sind damit nicht einfach öffentliche Debatten, sondern Wissens- und Bedeutungssysteme, die in einem kulturellen Kontext (etwa dem der EZ) *etabliert* sind. In solch einem System hat dann z.B. ein Foto von zwei sich festhaltenden, kaum bekleideten, schmutzigen, offenbar in einem Partnerland beheimateten Kindern automatisch die Bedeutung von Armut und Unterentwicklung – nicht aber (wie es beispielsweise ein Jugendforscher durch seine Brille sehen könnte) die Bedeutung von Familienbindung, Geborgenheit, Spiel.

Diskurse sind ein Wissen darüber, wie die Welt ‚ist‘. Sie bestimmen, wie wir über die Welt sprechen können; sie sind ein Repertoire, das aber Grenzen hat und daher nur bestimmte Sichtweisen zulässt. Und damit enthalten sie Macht und Machtverhältnisse: Wer bestimmt, als was eine Sache gesehen wird und wie darüber gesprochen wird, bestimmt auch über die Sache selbst. Es geht um eine Macht, die nicht nur politisch, sondern auch kulturell ist. Sie äußert sich nicht nur darin, wie mit einem Land (politisch o.ä.) umgegangen wird, sondern auch darin, *als was dieses Land gilt* und als was es sich daher dann irgendwann auch selbst ansehen mag, also in seiner Identität.

Postkoloniale Theorie sieht ihre Aufgabe daher darin, diese Produktion von Wissen über die Anderen und die darin enthaltenen Machtverhältnisse zu hinterfragen. Durch den Blick von außen, von der ‚globalen Peripherie‘ her soll gezeigt werden, dass die Welt eben nicht eurozentrisch ist, sondern nur in der Regel so gesehen und beschrieben wird – etwa in gängigen Weltkarten. Es geht, wie Dipesh Chakrabarty es nennt, um eine „Provinzialisierung Europas“, in der man den Blickwinkel wechselt und das übliche globale Zentrum in die Provinz rückt; es geht um die Irritation, die eine Weltkarte, in der Südafrika oben oder Thailand in der Mitte steht, beim Betrachter auslöst.

Postkoloniale Konzepte und die Beschreibung von EZ

In „Orientalism“, einem der Gründungswerke postkolonialer Theorie, beschrieb *Edward Said*, wie ‚der Orient‘ als Ganzes dadurch konstruiert wurde, dass Forscher über bestimmte Länder *als* Orient geschrieben haben.

Ähnlich gilt in postkolonialer Theorie als Ursprung der ‚Dritten Welt‘ nicht die Tatsache, dass dort *Armut* besteht, sondern dass – in der Neuordnung der Welt nach 1945 – von ihr *gesagt* wurde, dass sie *unterentwickelt* ist, dass sie also nicht hat, was wir haben. Die Dritte Welt gibt es demnach seit US-Präsident Truman sie in seiner Antrittsrede beschrieb und dem Westen die Mission zuschrieb, sie aus der Unterentwicklung zu befreien. So heißt der Untertitel von Arturo Escobars‘ Buch von 1995: „The Making and Unmaking of the Third World“ – sie wurde erfunden, um sie wieder abzuschaffen.

Ein Aspekt dieser *Konstruktion der Anderen als anders* – als traditionell, unterentwickelt usw. – ist, dass man sich damit von ihnen

abgrenzt und der eigenen Identität versichert: als modern, entwickelt usw. Nun sind solche sozialen Abgrenzungen, von *Gayatri Spivak* als *othering* („Veränderung“) bezeichnet, zwar alltäglich. Doch dem Politikfeld EZ liegt zu meist die zentrale Unterscheidung zugrunde von solchen, die Hilfe brauchen und solchen, die helfen können. Entsprechend mag die Gefahr des *othering* hier umso größer sein; schon um zu rechtfertigen, dass man EZ betreibt, mag man dann v.a. die Defizite derer sehen, denen die Hilfe gilt.

Wie dies in der Praxis zutrifft, hängt von persönlichen Erfahrungen und Einstellungen ab. Doch sollte man sich durchaus fragen, ob man die Andersheit seiner Gegenüber – ‚die Ghanaer‘, ‚die NGO-ler‘ usw. – überzeichnet und wie sehr man sich ihr Handeln mit Unterschieden zu sich selbst (als Deutsche, Entwicklungsbanker usw.) erklärt.

Ein weiteres Stichwort ist *Komplizenschaft*. Kolonialismus basierte auch darauf, dass auf der anderen Seite jemand mitspielte und traditionelle mit fremden Strukturen verband. Heute analysiert die Literatur sog. Entwicklungsbroker, Leute, die zwischen EZ, Zielgruppen, lokalen Verwaltungen usw. vermitteln und damit oft eine wichtige Position erlangen. Über diese ‚Brückenköpfe‘, die sich auch die Denkweisen der EZ aneignen, können fremde Modelle – Verwaltungssysteme etwa – vor Ort Fuß fassen. Auch die gern zitierte ‚Geberorientierung‘ von Partnerregierungen, die statt den Interessen ihrer Bevölkerung den Zufluss von EZ-Mitteln im Auge haben, kann man in diesem Licht betrachten.

Entwicklungsbroker und lokale Eliten sind oft keine Garanten dafür, dass z.B. die Ultraarmen gehört werden. Lokale Machtstrukturen verweigern oft ganzen Schichten die Stimme. Hierfür hat *Spivak* den Begriff *Subalternität* prominent gemacht. Dieser bezeichnet Marginalisierung dadurch, dass man nicht nur von Ressourcen ausgeschlossen ist, sondern dies noch nicht einmal artikulieren kann.

Studien wie die Weltbank-Erhebung „Voices of the poor“ werden gerne als Schritt gesehen, diese Unterordnung aufzuheben. Doch die Schwierigkeiten, in Partizipationsprozessen die Stimmen marginalisierter Gruppen wirklich hörbar zu machen, sind immens. Und die Klassifizierung als ‚the poor‘ trifft die Kritik, dass so Menschen in eine Schublade gepackt werden und die Vielfalt ihrer Stimmen erst recht unhörbar gemacht wird.

Post-development: jenseits von ‚Entwicklung‘

Von ähnlichen Ideen geleitet ist die *post development*-Debatte, die speziell die EZ kritisch beleuchtet und klar ablehnt. Hier bezeichnet ‚post‘ tatsächlich den Anspruch, dass die Ära der ‚Entwicklung‘ (zumindest jene, die von EZ verfolgt wird) vorbei ist bzw. sein muss.

Ausgangspunkt ist die Wahrnehmung, dass EZ kein Hilfsinstrument ist, sondern eine Industrie, die sich verselbständigt hat, die trotz Scheiterns fortbesteht und in den Zielländern enorme Macht hat. Diese, so die Kritik, ermöglicht einen neokolonialen Zugriff des globalen Nordens auf den Süden, wie er auch in postkolonialer Theorie vermutet wird.

Quellen dieser Macht sind ‚der‘ hegemoniale eurozentrische Entwicklungsdiskurs und sein Effekt der Entpolitisierung. Klassisch ist hierzu James Fergusons Buch „The Anti-Politics Machine“ (1990) über ein Weltbank-Projekt in Lesotho. Ferguson zufolge stellte die Weltbank in ihrer Länderanalyse Lesotho so als Agrarökonomie dar, dass der bereits vorgesehene Agrarentwicklungsansatz dazu passte. Lesothos Integration in den südafrikanischen Bergbausektor sei schlichtweg ignoriert und mit einer Erzählung überschrieben worden, die das rechtfertigte, was man ohnehin machen wollte.

Der Volksmund kennt die Weisheit, dass, wenn man einen Hammer in der Hand hat, alles wie ein Nagel aussieht – oder eben als Nagel angesehen wird. In der EZ, so die These, wird aber mit dem eurozentrischen Entwicklungsdiskurs anderen Ländern nicht nur ein Modell oder Werkzeug, sondern *eine ganze Identität aufgedrückt*: eben die eines (Agrar-) Entwicklungslandes. Das mag zwar auf jeden Diskurs und jede Beschreibung eines Landes zutreffen. Doch habe der Entwicklungsdiskurs hegemoniale Dominanz erlangt. Fragt man jemanden auf der Straße, was denn eigentlich Liberia oder auch Bangladesch ist, so ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass man „Entwicklungsland“ als Antwort bekommt.

Ein charakteristischer Aspekt dieses Diskurses ist nun, dass der Begriff ‚Entwicklung‘ zwar vieldeutig, aber als solches scheinbar unstrittig und positiv belegt ist. Wer wird schon gegen Entwicklung sein? Hiermit, so die These, wird das eurozentrische Konzept von Entwicklung (Wachstum, Demokratie etc.) *eingeschmuggelt*. Man hat ein plausibles

normatives Ziel; der Weg dahin besteht letztlich in technischen Problemlösungen, bei denen nur die Wirksamkeit bezweifelt werden kann. So werde das, was EZ tut, letztlich der Hinterfragung entzogen.

Der Effekt hiervon sei, dass verschleiert wird, wie politisch Entwicklung tatsächlich ist. Ihr Ziel ist politisch kontrovers, auch innerhalb von Gesellschaften, und die Probleme auf dem Weg dahin sind oft gerade nicht technischer, sondern politökonomischer Art (etwa der Zugang zu Land). Diese Verschleierung ist mit Entpolitisierung gemeint. Für Ferguson ist EZ eine Art Maschine, die über ihre Repräsentation von Entwicklungsländern („was Lesotho fehlt, sind Technologie und Wachstum“) gesellschaftliche Konflikte auf technische Probleme reduziert.

Und nun?

So weit die Kritik. Was sollte man nun anders machen? Vorschläge haben die Vertreter der Theorien bisher wenige vorgebracht. Das Gegenmoment zur konstatierten Konstruktion und Beherrschung der ‚Dritten Welt‘ durch den postkolonialen westlichen Entwicklungsdiskurs ist jedoch naheliegend: Befreiung, Emanzipation, *Selbstbestimmung*.

Selbstbestimmung wird dabei im Gegensatz zu EZ und der von ihr gemeinten Entwicklung gesehen. Diese stehen ja unter dem Verdacht, dass Hilfe zur Selbsthilfe letztlich nur nachholende Entwicklung gemäß westlicher Standards bedeutet – schon deshalb, da man die Verwendung von Steuergeldern vertreten muss. In einer berühmten Metapher gesprochen: Die Partnerländer sollen zwar im *driver's seat* sitzen, aber dorthin fahren, wo die EZ sie haben will, und zwar über den Weg, den die EZ vorgibt und am besten noch aus eigenem Wunsch heraus.

Selbstbestimmung verlangt demnach, dass Menschen die Frage, was eine gute Gesellschaft ist und wie man sie erreicht, nicht mehr aus dem europäischen Entwicklungsdiskurs heraus beantworten, also gemäß Defiziten im Vergleich zu den Industrieländern. Emanzipation („die eigene Entwicklung in die eigene Hand nehmen“) ist auch auf dieser Ebene der Identität nötig.

Was bedeutet das in der Praxis? Der Schlüssel sind Mitbestimmung und Unabhängigkeit von externer Beeinflussung. Soweit überhaupt Empfehlungen formuliert werden, beinhalten sie – neben der Abschaffung von EZ bzw. externen Interventionen – Basisdemokratie,

partizipative Entwicklungsplanung usw. Am Ende geht es um umfassendes, also nicht nur ökonomisches, sondern auch politisches, soziales, kulturelles *empowerment*. Damit sollen gerade die ihre Stimme erheben können, die gesellschaftlichen Transformationen, wie sie auch von EZ mit vorangetrieben werden, *unterliegen* statt an ihnen teilzuhaben.

In der EZ ist nun weitgehend anerkannt, dass Partizipation und Autonomie wichtige Ziele sind; es liegt nahe zu fragen, was der Gewinn dieser Perspektive ist. Doch der Kritik zufolge fördert die EZ zwar Demokratie, aber eben als Teil eines Gesamtpakets, in dem eurozentrische Ziele von Entwicklung und ein marktwirtschaftliches System direkt mitgeliefert werden. Der zentrale Punkt der Kritik und damit auch Ansatzpunkt für Veränderung ist, dass sich dieses Paket der Hinterfragung entzieht und deshalb alternative Modelle – die ja ebenso ein Ergebnis demokratischer Selbstbestimmung sein könnten – stillschweigend ausschließt.

Daher verlangen manche Kritiker, dass EZ sich offensiver zu ihrem politischen Charakter *bekannt*, also dazu, dass sie nun einmal eigene Ziele und Werte hat und dass sie diese anderswo umsetzen will. Die Verschleierung dieses politischen Charakters durch Begriffe wie ‚Entwicklung‘ verhindere, dass man sich über eine gute Gesellschaft richtig auseinandersetzt und verständigt. Entsprechend sollte EZ den wenig bestreitbaren und eben daher so machtvollen Begriff ‚Entwicklung‘ streichen und stattdessen *konkret* und damit bestreitbar sagen, ‚was sie tatsächlich will‘ – Gesundheitsversorgung, freie Märkte usw.

Zur Kritik der Kritik

Was ist dran an der Kritik? Wie wird sie diskutiert? Je nachdem welche Autoren man liest, fällt es leicht, ihnen eine naive Romantisierung von Basisdemokratie und Tradition und ein pauschales Verdachtsdenken vorzuwerfen. Tatsächlich haben einzelne Vertreter anstelle von ‚Entwicklung‘ für die Bewahrung traditioneller Wertesysteme und Praktiken plädiert. Doch vor dem Hintergrund von Praktiken, die kaum mit der Idee der Selbstbestimmung vereinbar scheinen (man denke an Genitalverstümmelung), wird dies kaum noch vertreten. Auch Demokratie wird durchaus realistisch und im Lichte ihrer Herausforderungen gesehen – auch wenn diese Herausforderungen in der Umsetzung die Idee *als solche* nicht minder erstrebenswert machen.

Weitere häufige Reaktionen betreffen deutlicher den Kern der Kritik: Erstens möge westliche Dominanz einmal dagewesen sein, etwa zu Zeiten des *washington consensus*, aber das sei Vergangenheit, die EZ sei längst partizipativ, soweit das eben geht. Und schon damals hätte man den Partnerländern keineswegs einfach ein fremdes Modell überstülpen können – geschweige denn heute, wo sich die Kräfteverhältnisse teilweise deutlich geändert haben.

Zweitens überschätze die Kritik, wie sehr sich die EZ-Praxis an jenem Entwicklungsdiskurs, wie er in den *post development*-Analysen untersucht wird, tatsächlich orientiert. Im Alltag gehe es ja gerade um jene konkreten Leistungen, von denen Kritiker fordern, die EZ solle sich explizit zu ihnen bekennen, statt sich hinter dem vagen, positiven Begriff Entwicklung zu verstecken. In der EZ sei man sich bewusst, wie vage der Begriff ist.

Drittens sei der Diskurs über Entwicklung vielfältiger und kontroverser, als die Kritik das sieht. ‚Das‘ westliche Entwicklungsdenken werde nicht nur von Partnerregierungen, sondern auch an der Basis hinterfragt und durchaus abgelehnt; selbst innerhalb der EZ herrsche kein einheitliches Denken.

Es ist am Ende müßig, der einen oder anderen Seite *generell* Recht zu geben. Dafür hängt das Verhältnis von EZ und Partnern zu sehr vom konkreten Fall ab, sowie von einzelnen Personen, ihren Überzeugungen und ihrem Umgang miteinander. Und an genau diesen konkreten Fällen müsste die Diskussion zwischen Kritikern und Praktikern geführt werden – mehr, als es heute der Fall ist.

Fazit

Insgesamt wirft die postkoloniale und *post development*-Forschung sehr wichtige Fragen auf. Für ein Politik- und Praxisfeld wie die EZ kann eine solche Hinterfragung nur hilfreich sein, ganz gleich, ob die einzelnen Erfahrungen ihr entsprechen. Zugleich aber wird von Wissenschaftlern angemahnt, dass die Forschung viel empirischer, d.h. detaillierter und unvoreingenommener untersuchen sollte, was *im Alltag* der EZ geschieht – welche Machtverhältnisse und mögliche koloniale Spuren darin zum Tragen kommen, welche Rolle ‚der Entwicklungsdiskurs‘ tatsächlich hat usw. Allein mit der Deutung von Texten, etwa Jahresberichten und Länderanalysen, lässt sich das kaum zeigen.